

Gesundheit für alle?

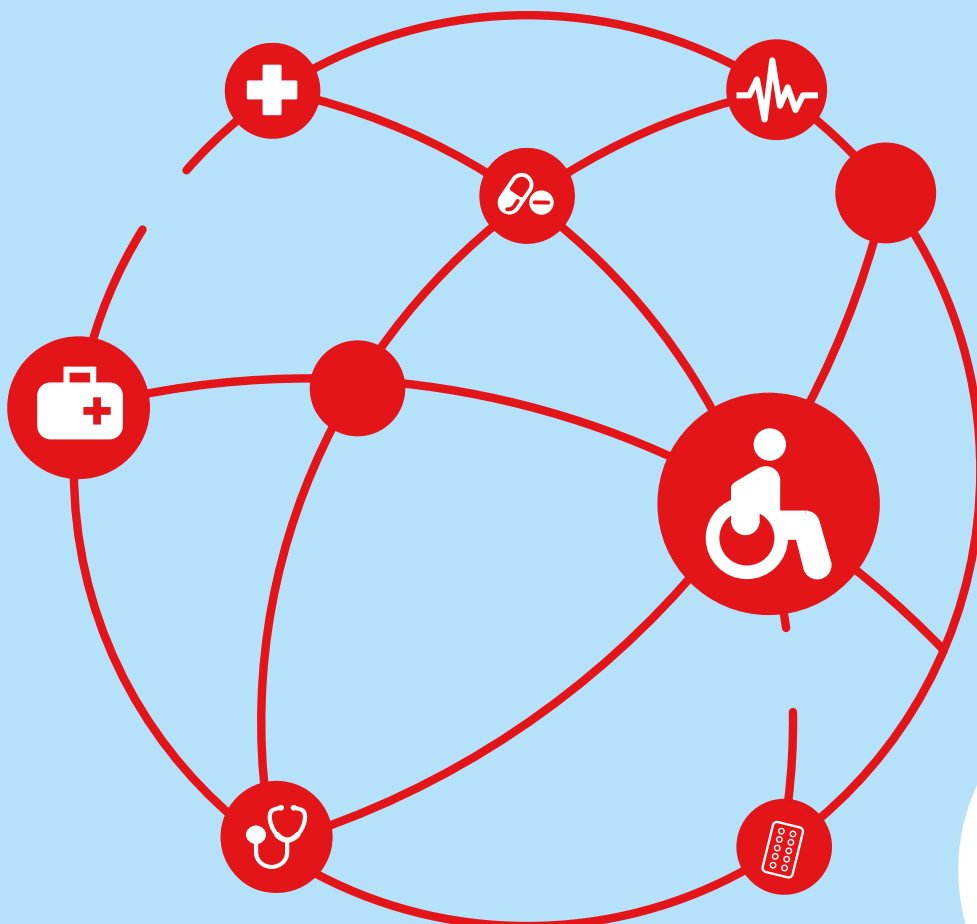
Erfahrungen, Erwartungen und Bedarfe von
Menschen mit Beeinträchtigungen

Eine vergleichende Studie auf Basis von Umfrageergebnissen von
Menschen mit Beeinträchtigung und der Gesamtbevölkerung

2. Jahrgang (2026)

Das WIR gewinnt

**Aktion
MENSCH**



In Kooperation mit:





Aktion Mensch

Die Aktion Mensch ist die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 hat sie mehr als fünf Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. Ziel der Aktion Mensch ist, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen zu verbessern und das selbstverständliche Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. Mit den Einnahmen aus ihrer Lotterie unterstützt die Aktion Mensch jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. Möglich machen dies rund vier Millionen Lotterieteilnehmer*innen. Zu den Mitgliedern gehören: ZDF, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Gesamtverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Ipsos

Ipsos Public Affairs ist der auf Politik- und Sozialforschung spezialisierte Bereich von Ipsos in Deutschland. Im Fokus stehen unter anderem Untersuchungen zu gesellschaftlichen Einstellungen, politischer Kommunikation, öffentlichen Dienstleistungen sowie zu sozialen Trends. Ipsos Public Affairs unterstützt auf Basis empirischer Forschung öffentliche Institutionen, Ministerien, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure. Als Teil des internationalen Ipsos-Netzwerks mit über 20.000 Mitarbeitenden in rund 90 Ländern verbindet Ipsos Public Affairs globale Expertise mit lokalem Wissen. In Deutschland ist das Institut an mehreren Standorten vertreten, darunter Berlin, Hamburg, Frankfurt, München und Nürnberg.

Teilhabe-Community

Die Teilhabe-Community ist das erste Online-Befragungspanel in Deutschland, das speziell für Menschen mit Beeinträchtigung konzipiert wurde. Es wurde gemeinsam von Aktion Mensch und dem Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos entwickelt, um deren bislang geringe Berücksichtigung in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung zu verbessern. Durch die Teilnahme am Panel erhalten Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit, ihre Perspektiven einzubringen und sichtbar zu machen. Die Befragungen sind barrierefrei gestaltet, um Menschen mit unterschiedlichen Arten der Beeinträchtigung die Teilnahme zu ermöglichen. Ziel ist es, fundierte Erkenntnisse über Lebensrealitäten und Bedarfe zu gewinnen sowie inklusivere Produkte und Dienstleistungen zu fördern.

Inhalt



Einleitung	4
Gesundheitliche Probleme und ihre Folgen	5
Folgen für die Lebensführung	8
Gesundheitsförderung	12
Versorgungssituation	15
Digitalisierung im Gesundheitswesen	18
Fazit	20
Methodik	22
Impressum	23

Einleitung

In den vergangenen Jahren hat sich der Druck auf das deutsche Gesundheitssystem spürbar erhöht. Lange Wartezeiten, ein anhaltender Fachkräftemangel sowie regionale Ungleichheiten in der medizinischen Versorgung prägen zunehmend die Erfahrungen vieler Patient*innen. Diese Herausforderungen werden durch den demografischen Wandel verstärkt: Eine älter werdende Bevölkerung benötigt mehr medizinische Leistungen, während gleichzeitig die personellen und strukturellen Ressourcen vielerorts nicht mitwachsen.

Parallel dazu wurde im vergangenen Jahr verstärkt öffentlich über die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems diskutiert. Dabei standen insbesondere die steigenden Kosten, die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen sowie mögliche Veränderungen im Leistungsumfang im Fokus der Debatten. Die Diskussionen, etwa über Selbstbeteiligung, Leistungskürzungen oder das Primärarztssystem, haben zu einer allgemeinen Verunsicherung beigetragen und die Frage in den Mittelpunkt gerückt, wie ein belastbares, zugängliches und gerechtes Gesundheitssystem für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden kann.

Die gesundheitspolitischen Entwicklungen sind relevant für die vorliegende Untersuchung, weil Menschen mit Beeinträchtigung oft früher und deutlicher von Maßnahmen betroffen sind, die zu Leistungseinschränkungen, längeren Wegen oder höheren Kosten führen. Bereits im vergangenen Jahr zeigte sich in unserer Befragung, dass diese Gruppe die drohende Verschlechterung ihrer gesundheitlichen Situation besonders deutlich wahrnimmt. Die erneut intensivierten Reformdebatten und Sparüberlegungen im Gesundheitssystem bilden daher einen zentralen Anlass, die Perspektiven von Menschen mit Beeinträchtigung erneut in den Blick zu nehmen – insbesondere aufgrund ihres überdurchschnittlich hohen Versorgungsbedarfs.

Vor diesem Hintergrund hat die Aktion Mensch anlässlich des Weltgesundheitstags 2026 gemeinsam mit Ipsos Public Affairs erneut eine bundesweite Online-Befragung zu Gesundheitsthemen durchgeführt. Zwischen dem 10. und 12. Februar 2026 wurden insgesamt 1.010 Personen ab 16 Jahren befragt. 510 der Teilnehmenden sind Mitglieder der Teilhabe-Community, einem Panel von Menschen mit Beeinträchtigung. Weitere 500 Befragte stammen aus der repräsentativ gewichteten Gesamtbevölkerung.

Im Mittelpunkt der Untersuchung standen – wie im Vorjahr – die eigene Gesundheitssituation, Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, die gesundheitsbezogene Lebensqualität, der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung sowie die Nutzung und Bewertung digitaler Gesundheitsangebote. Die Ergebnisse bestätigen, dass Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin besonders stark von strukturellen Hürden betroffen sind. Viele von ihnen sind in hohem Maße auf barrierefreie, gut erreichbare und kommunikationssensible Gesundheitsangebote angewiesen. Doch gerade diese Voraussetzungen sind im aktuellen Versorgungssystem häufig nur unzureichend erfüllt.

Hinzu kommt, dass Menschen mit Beeinträchtigung häufig deutlich längere Wege zu medizinischen Einrichtungen zurücklegen müssen und im Alltag mit zusätzlichen physischen, finanziellen und organisatorischen Belastungen konfrontiert sind. Diese Hürden erschweren einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsleistungen und verstärken die Ungleichheiten, die bereits im Vorjahr deutlich zutage traten.

Die Befragung zeigt daher nicht nur die aktuelle Lage auf, sondern ermöglicht auch einen Vorjahresvergleich. Sie gibt Aufschluss darüber, wie sich strukturelle Entwicklungen, Versorgungsbedingungen und gesellschaftliche Debatten auf die Lebensrealität von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung auswirken – und wo weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht, eine gleichwertige Teilhabe an Gesundheit für alle zu sichern.

Gesundheitliche Probleme und ihre Folgen

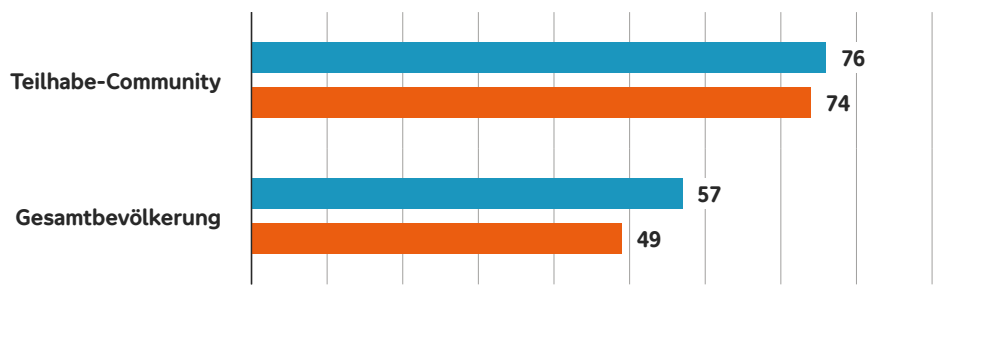
Die Befragung unter Menschen mit Beeinträchtigung zeigt, dass sich diese, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich weniger gesund fühlen. Während sich in der Gesamtbevölkerung 67 Prozent als gesund beschreiben, tun dies lediglich 44 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung. Unverändert zum Vorjahr geben 70 Prozent von ihnen außerdem an, dass ihre gesundheitlichen Probleme dazu führen, dass sie ihr Leben als „schlechter“ empfinden. Zugenommen hat der Anteil der Menschen mit Beeinträchtigung, die sich in ihren gesundheitlichen Anliegen von Freunden und Familie nicht ernst genommen fühlen. Hier ist der Wert von 39 Prozent im Jahr 2025 auf 44 Prozent gestiegen.

Seit vielen Jahren wird in Deutschland die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems in seiner aktuellen Form diskutiert. Bestandteil des Diskurses sind dabei Vorschläge für Leistungseinschränkungen oder -streichungen, sowie die Erhöhung von Krankenkassenbeiträgen oder Zuzahlungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Für die Gesundheit des Einzelnen kann dies eine Verschlechterung bedeuten,

wenn Leistungen nur noch spärlich erbracht werden oder sogar weggelassen. Schon in der Befragung Anfang 2025 wurde deutlich, dass Menschen mit Beeinträchtigung vermehrt eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes befürchten (2025: 74 Prozent; 2026: 76 Prozent). Dass dies auch auf der Diskussion um Leistungseinschränkungen im Gesundheitssektor beruhen kann, zeigt die Tatsache, dass sich der Wert in der Gesamtbevölkerung im Vergleich zum vergangenen Jahr nennenswert verschlechtert hat. Vor dem Hintergrund, dass in 2025 besagte Diskussionen zunehmend häufiger und intensiver geführt wurden, hat sich der Anteil derjenigen aus der Gesamtbevölkerung, die eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes befürchten von 49 Prozent auf 57 Prozent erhöht. Betrag der Abstand zwischen beiden Befragtengruppen 2025 noch 25 Prozentpunkte, so hat er sich 2026 auf 19 Prozentpunkte verkleinert. Die Risiken von möglichen Leistungskürzungen in der Gesundheitsversorgung für die eigene Gesundheit scheinen nun, über die Gruppe der Menschen mit Beeinträchtigung hinaus, auch zusätzlich der gesamten Bevölkerung bewusster zu werden.

Abbildung 1: Sorgen vor Verschlechterung der eigenen Gesundheit

Frage: Zustimmung zur Aussage: Ich mache mir Sorgen, dass meine gesundheitlichen Probleme in der Zukunft noch schlimmer werden.



Darstellung in Prozent | Basis: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427), Repräsentativbefragung (n2026 = 500, n2025 = 300) | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „ganz klar ja“ und „eher ja“

Nicht nur in Bezug auf die Sorge vor einer Verschlechterung des eigenen Gesundheitszustandes scheinen sich die Einstellungen der Gesamtbevölkerung denen der Menschen mit Beeinträchtigung anzunähern, während die Werte in letzterer Gruppe stabil bleiben. Bei der generellen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben lagen die Werte der beiden Gruppen 2025 noch 21 Prozentpunkte auseinander. 2026 hat sich dieser Abstand auf 14 Prozentpunkte verringert. Zunächst ist herauszustellen, dass sich weiterhin zeigt, dass Menschen mit Beeinträchtigung deutlich weniger mit ihrem Leben zufrieden sind als die Gesamtbevölkerung. Nur 56 Prozent der Befragten geben an, ganz klar oder eher zufrieden zu sein (2025: 55 Prozent), während dieser Wert in der Gesamtbevölkerung bei 70 (2025: 76 Prozent) Prozent liegt. Dass die Werte sich aufeinander zu bewegen, könnte, wie schon bei der Sorge um die Verschlechterung des Gesundheitszustandes ein Hinweis darauf sein, dass sich negative Einstellungsmuster so verstärkt haben,

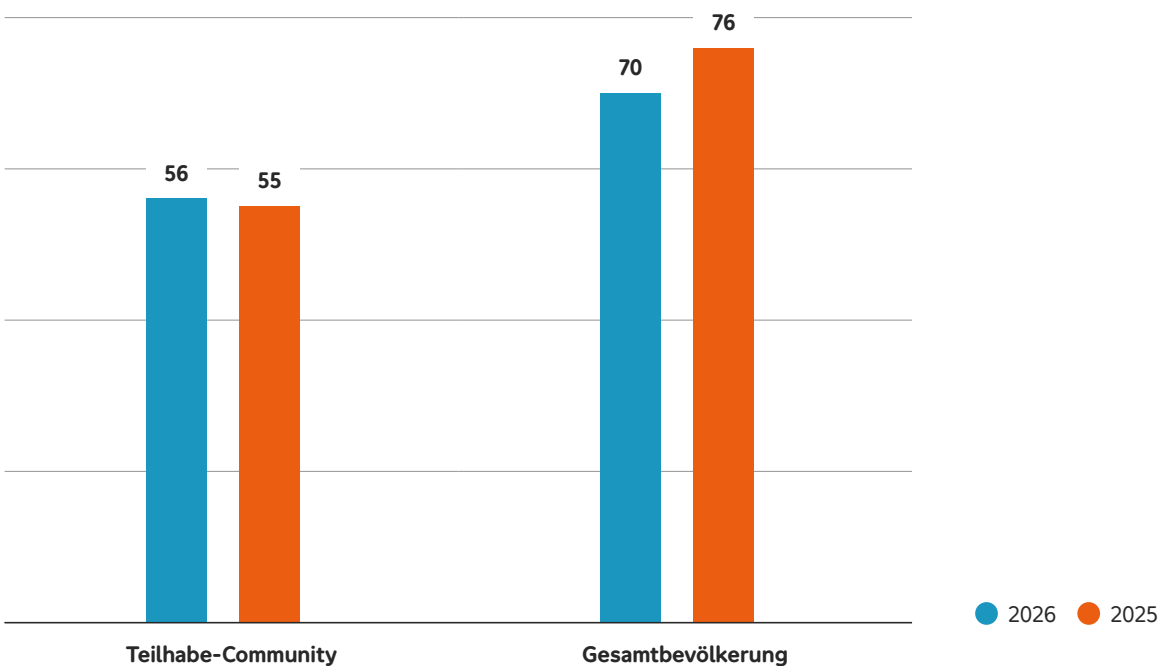
dass sie inzwischen in der Gesamtbevölkerung relevanter geworden sind. Menschen mit Beeinträchtigung sind aufgrund ihrer Marginalisierungsmerkmale vermutlich schneller von gesellschafts- oder gesundheitspolitischen Entwicklungen oder Entscheidungen betroffen, nehmen diese Entwicklungen jedoch Fahrt auf, kommen sie auch irgendwann in der Gesamtbevölkerung zum Vorschein.

Nichtsdestotrotz ist die deutlich geringere Zufriedenheit mit dem eigenen Leben unter Menschen mit Behinderung weiterhin als alarmierendes Warnsignal zu benennen, da sie die Konsequenzen der nicht-gleichwertigen Lebensverhältnisse von Menschen mit und ohne Behinderung verdeutlicht.

Auf nicht-gleichwertige Lebensverhältnisse weist auch hin, dass Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin häufiger angeben, im Zweifel nicht die medizinische Hilfe zu bekommen die sie brauchen (Menschen

Abbildung 2: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Frage: „Ich bin mit meinem Leben zufrieden.“ Wie stark stimmst du dieser Aussage zu?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n 2026 = 510, n 2025 = 427), Repräsentativbefragung (n 2026 = 500, n 2025 = 300) | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „ganz klar ja“ und „eher ja“

mit Beeinträchtigung: 23 Prozent; Gesamtbevölkerung: 14 Prozent). Es ist davon auszugehen, dass die Tatsache, dass sie sich medizinisch nicht immer gut versorgt fühlen, auch darauf zurückzuführen ist, dass sie im Gesundheitswesen Ausgrenzung, Ablehnung und Diskriminierung befürchten oder erfahren.

Entsprechende Aussagen bejahen Menschen mit Beeinträchtigung mehr als doppelt so häufig (23 Prozent versus 10 Prozent). Diese Wahrnehmung des Gesundheitssystems als potenziell ausgrenzend steht den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nach einem diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle Menschen entgegen. Artikel 25 der UN-BRK verpflichtet den Staat zu einem flächendeckenden inklusiven Gesundheitssystem. Der aktuelle Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD benennt jedoch keine konkreten Maßnahmen hierzu und formuliert lediglich das Ziel einer Weiterentwicklung von Barrierefreiheit und

Inklusion im Gesundheitswesen und der Pflegeversorgung. Auch der Referentenentwurf zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes enthält keine klaren Hinweise, dass sich das Gesundheitssystem hinsichtlich Barrierefreiheit und Nicht-Diskriminierung verbessert. Er enthält sogar die Formulierung, dass Angemessene Vorkehrungen, zu denen beispielsweise auch die Barrierefreiheit von Unternehmen zählt, nicht umgesetzt werden müssen, sollten diese das betreffende Unternehmen überlasten. Der Weg zu einem inklusiven Gesundheitssystem wird damit in weite Ferne gerückt.

Folgen für die Lebensführung

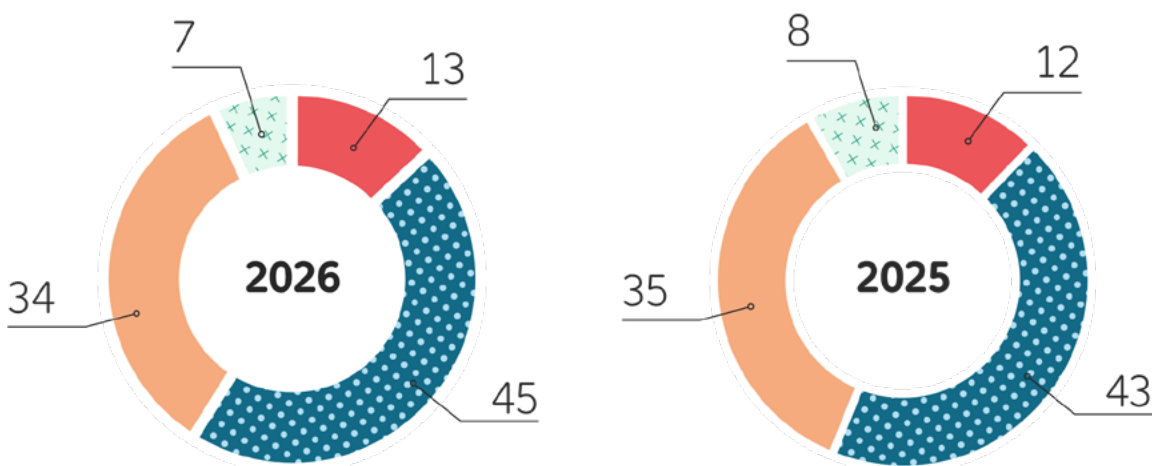
Gesundheitliche Probleme führen in vielen Fällen zu erheblichen Einschränkungen im Leben der Betroffenen. Mehr als die Hälfte der Menschen mit Beeinträchtigung (58 Prozent) berichtet von starken Einschränkungen, die durch ihre gesundheitlichen Beschwerden bedingt sind. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verschlechterung (2025: 55 Prozent).

Die krankheitsbedingten Einschränkungen wirken sich sowohl auf den Alltag als auch auf das Berufsleben von Menschen mit Beeinträchtigung aus. Viele Betroffene erleben einen hohen Arbeitsausfall oder sind nicht in der Lage, ihre täglichen Aufgaben zu bewältigen. Knapp ein Fünftel der Befragten (19 Prozent) fällt sogar für mehr als drei Monate aus.

Zwischen den Jahren 2025 und 2026 sind keine wesentlichen Veränderungen in den Krankheitstagen zu verzeichnen. Während die Zahl der Menschen mit Beeinträchtigung ohne Krankheitstage gestiegen ist, ist jedoch auch die Zahl der Personen, die sechs bis zehn Tage krankheitsbedingt ausfallen gestiegen, weshalb sich einzelne Abweichungen ausgleichen. Eine Trendwende gegenüber dem Vorjahr zeichnet sich nicht ab. Obwohl die Arbeitsunfähigkeitsquoten von Menschen mit Beeinträchtigung seit Jahren auf einem hohen Niveau verharren, sind in der aktuellen Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik keine spezifischen Maßnahmen erkennbar, die eine nachhaltige Reduktion bewirken könnten.

Abbildung 3:
Einschränkung durch gesundheitliche Probleme

Frage: Wenn du gerade krank bist: Wie stark schränken dich deine gesundheitlichen Probleme ein?

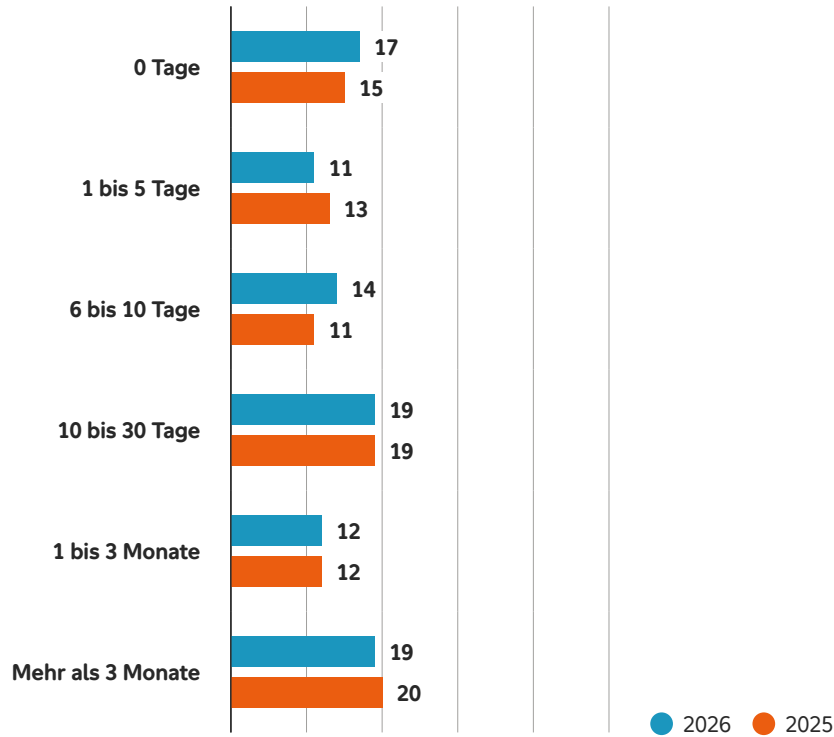


● Sehr stark ● Eher stark ● Eher wenig × Überhaupt nicht

Darstellung der gültigen Antworten (ohne „weiß nicht“, „möchte ich nicht beantworten“) in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427)

Abbildung 4:
Krankheitsbedingter Ausfall im Job und bei täglichen Aufgaben

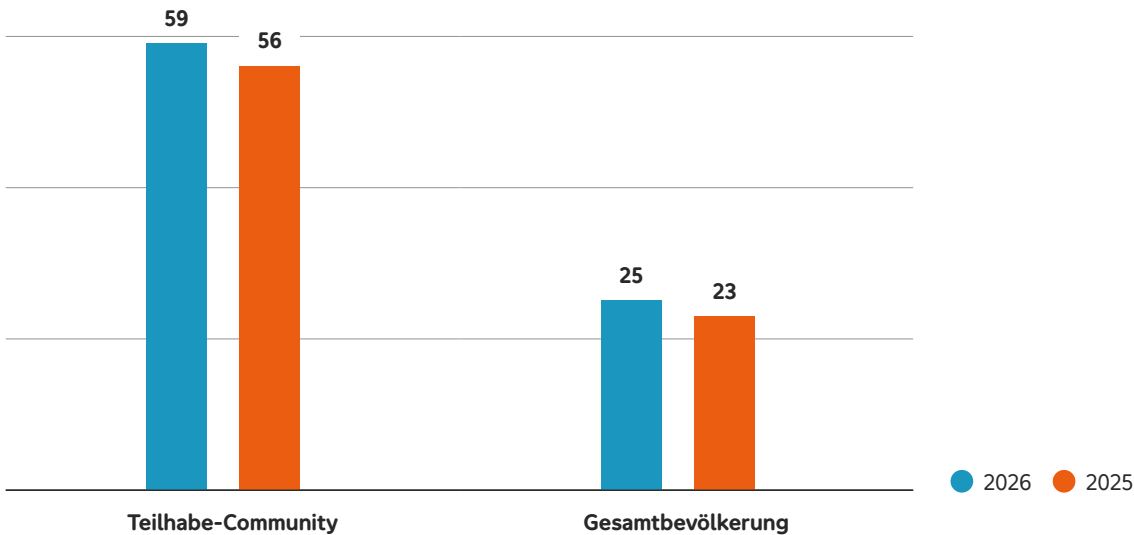
Frage: Wie viele Tage hast du dich in den letzten 12 Monaten bei der Arbeit krankgemeldet beziehungsweise an wie vielen Tagen konntest du wegen einer Krankheit deine täglichen Aufgaben nicht wie gewohnt machen?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427) | Nicht dargestellt: „weiß nicht“, „möchte ich nicht beantworten“

Abbildung 5: Belastung durch finanzielle Ausgaben für die eigene Gesundheit

Frage: „Ich muss für meine Gesundheit viel Geld ausgeben. Das belastet mich.“ Wie stark stimmst du dieser Aussage zu?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427), Repräsentativbefragung (n2026 = 500, n2025 = 300) | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „ganz klar ja“ und „eher ja“

„Die Krankenkasse zahlt nur Gesundheitskurse, Schwimmbadeintritt und Fahrgeld nicht ... so kann ich mir Schwimmen nicht leisten und bleibe ohne Sport zu Hause.“

Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung



So geben 59 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung an, dass sie stark durch Ausgaben belastet sind, die im Zusammenhang mit ihrer Gesundheitsversorgung stehen. Im Vergleich dazu betrifft dies nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung (25 Prozent).

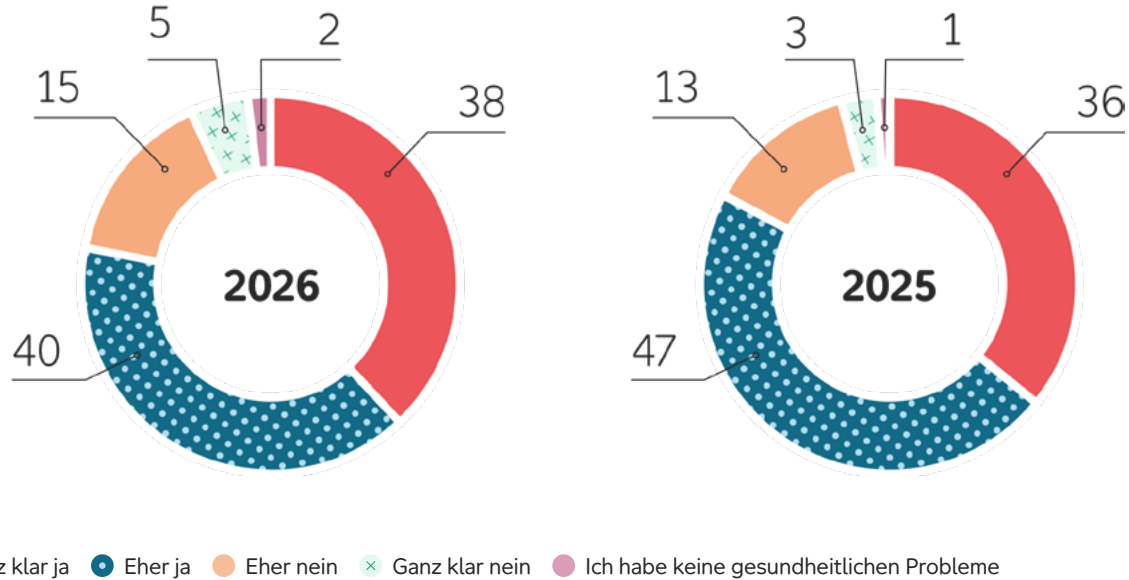
Diese Zahlen zeigen, dass Kürzungen in den Leistungen von Krankenversicherungen, Kostensteigerungen und Gehaltseinbußen im Falle von Langzeiterkrankungen Menschen mit Beeinträchtigung langfristig deutlich stärker belasten als die Gesamtbevölkerung. Sollten außerdem beispielsweise die diskutierten Erhöhungen der Zuzahlungen in der gesetzlichen Krankenversicherung 2026 tatsächlich umgesetzt werden, würden diese nochmal zusätzlich deutlich stärker belastet.

Hier wird ein zentrales Ungleichheitsmuster deutlich: Menschen mit erhöhtem Versorgungsbedarf tragen gleichzeitig eine überproportionale finanzielle Last. An dieser Stelle wird eine strukturelle Diskriminierung von Menschen mit Beeinträchtigung im deutschen Sozial- und Gesundheitssystem sichtbar.

Der Einfluss gesundheitlicher Probleme auf die Lebensqualität von Menschen mit Beeinträchtigung ist besonders im Hinblick auf die Gesundheitskosten, die diese häufig überproportional belasten, gravierend.

Abbildung 6: Verschlechterung des seelischen Wohlbefindens durch gesundheitliche Probleme

Frage: Wenn du ein gesundheitliches Problem hast: Verschlechtert sich dann auch dein seelisches Wohlbefinden?



Darstellung der gültigen Antworten (ohne „weiß nicht“, „möchte ich nicht beantworten“) in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427)

Neben den Einschränkungen in Bezug auf Alltag, Beruf und finanzielle Lage, wirken sich gesundheitliche Belastungen auch auf die mentale Gesundheit aus. 78 Prozent (2025: 83 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung bejahen (eher), dass sie einen Zusammenhang zwischen ihrem gesundheitlichen Zustand und einer Verschlechterung ihres seelischen Wohlbefindens wahrnehmen. Ihr Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozentpunkte verringert. Seit Ende 2025 arbeitet die Bundesregierung an einer Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ mit den Schwerpunkten Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen. Altersübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen für Menschen mit Beeinträchtigung sind jedoch bisher nicht Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.

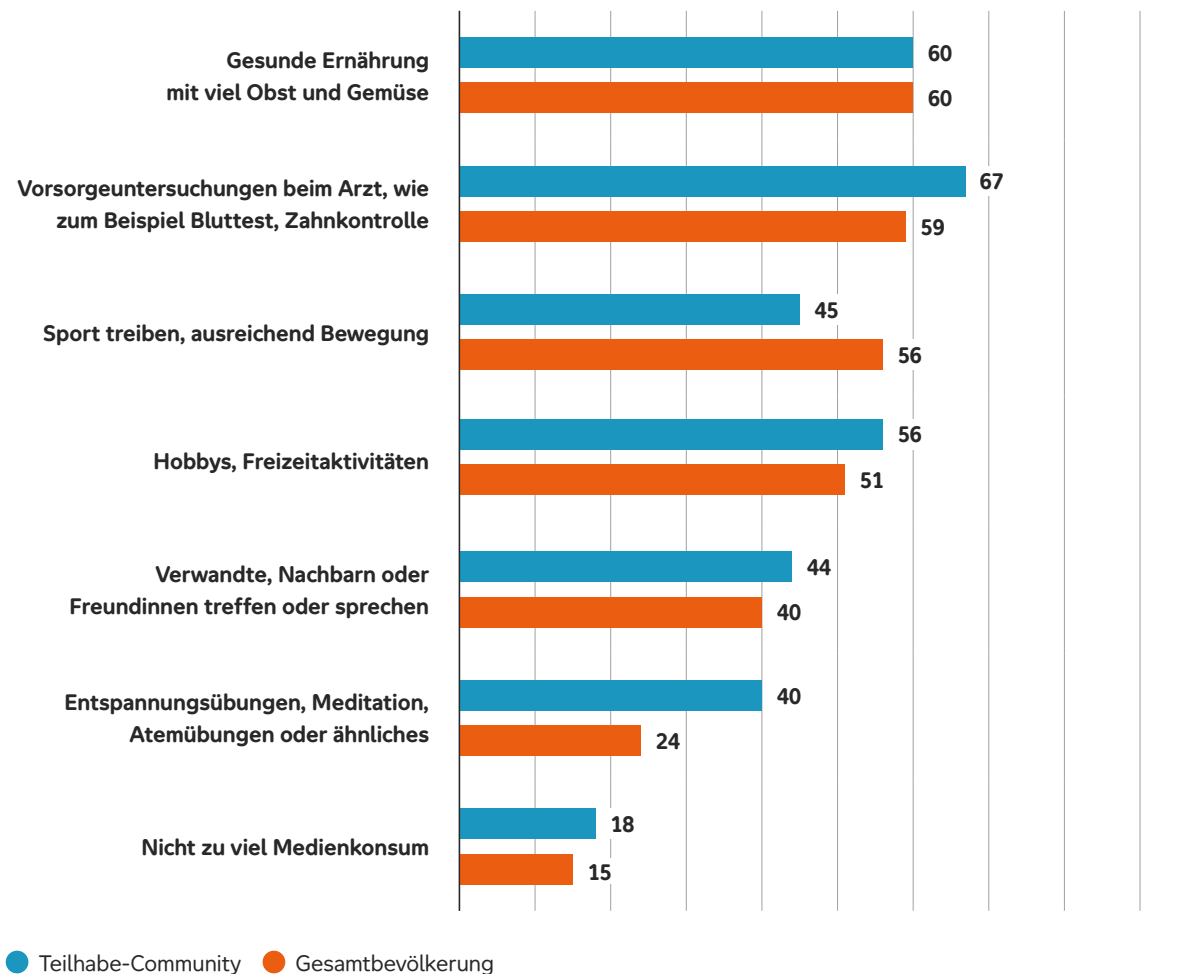
Gesundheitsförderung

Die Gesundheitsförderung umfasst ein breites Spektrum an Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Gesundheit langfristig zu erhalten und zu stärken. Voraussetzung dafür ist, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, ihre Gesundheitskompetenz weiterzuentwickeln, also Zugang zu verständlichem Wissen, passenden Angeboten und der Motivation, sich um

die eigene Gesundheit zu kümmern. Besonders häufig nennen sowohl Menschen mit als auch ohne Beeinträchtigung eine ausgewogene Ernährung und die regelmäßige Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen als zentrale Bestandteile eines gesundheitsförderlichen Alltags.

Abbildung 7:
Durchgeführte Maßnahmen zur Förderung der eigenen Gesundheit

Frage: Was machst du regelmäßig, damit es dir gesundheitlich besser geht?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n = 510), Repräsentativbefragung (n = 500)

Doch im Vergleich der durchgeführten Maßnahmen fällt auf, dass Menschen mit Beeinträchtigung häufiger Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen, als die Gesamtbevölkerung (Menschen mit Beeinträchtigung: 67 Prozent, Gesamtbevölkerung: 59 Prozent). Außerdem führen sie häufiger Entspannungsübungen, Meditationen, Atemübungen oder Ähnliches durch (Menschen mit Beeinträchtigung: 40 Prozent, Gesamtbevölkerung: 24 Prozent). Zurückzuführen ist dies vermutlich auf die Tatsache, dass Menschen mit Beeinträchtigung durch zugrundeliegende Erkrankungen eine größere Notwendigkeit sehen, sich mit dem Thema Gesundheit auseinanderzusetzen und durch verschiedene Therapieangebote die genannten Methoden kennen. Außerdem sind sich fast zwei Drittel (64 Prozent) darüber bewusst, dass sie ihre eigene Gesundheit aktiv verbessern können. Dem widerspricht jedoch, dass Menschen mit Beeinträchtigung weniger Sport treiben oder sich weniger häufig ausreichend bewegen als die Gesamtbevölkerung (Menschen mit Beeinträchtigung: 45 Prozent, Gesamtbevölkerung: 56 Prozent). Dies könnte jedoch vor allem auf die körperlichen Probleme zurückzuführen

„Ich weiß auch nicht was wirklich passgenau ist an sportlicher Aktivität oder Ähnlichem, damit es mir besser geht. Da fehlt auch sowas wie eine individuelle, professionelle Analyse oder Beratung.“

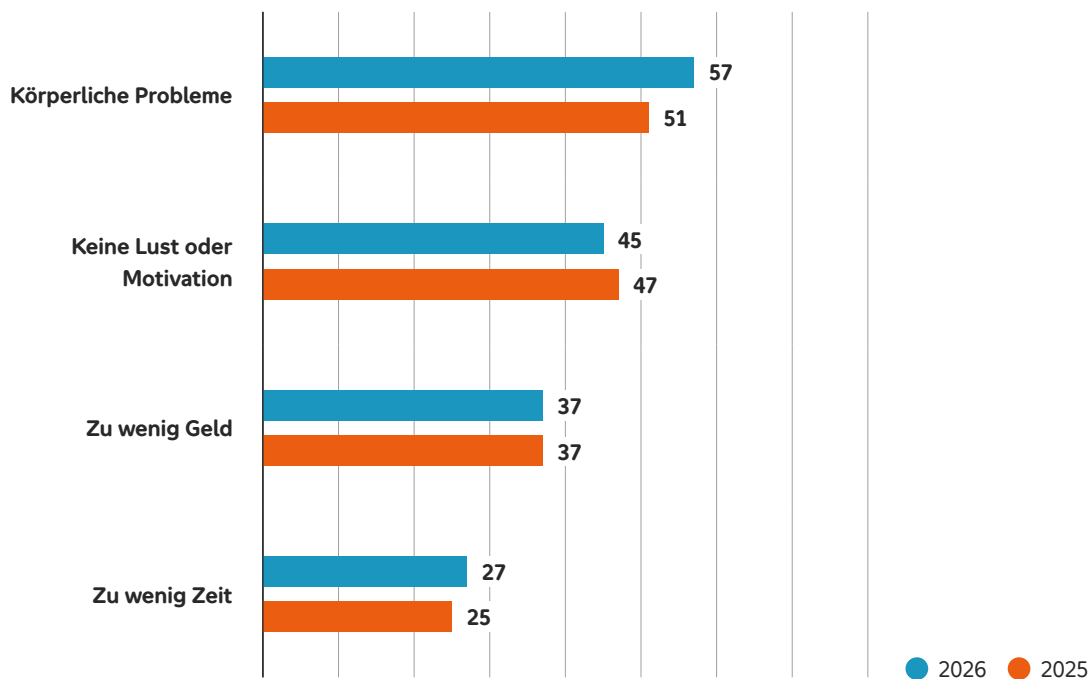
Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung



sein, die die Mehrheit der Menschen mit Beeinträchtigung als Hindernis bei ihrer Gesundheitsförderung angeben. Im Vergleich zum Vorjahr scheinen sich diese leicht zu vermehren (2025: 51 Prozent, 2026: 57 Prozent). Sportstätten sind oftmals nicht barrierefrei gestaltet

**Abbildung 8:
Hindernisse bei der Gesundheitsförderung**

Frage: Warum ist es für dich manchmal schwer, deine Gesundheit zu fördern?



Darstellung in Prozent | Basis: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427)

oder Menschen mit Beeinträchtigung wissen nicht, welche Sportarten bei ihren gesundheitlichen Einschränkungen geeignet sind. Im offenen Fragenfeld geben einige Befragte der Teilhabe-Community folglich an, dass sie in diesem Bereich Unterstützung wünschen (siehe Zitat auf Seite 13). Außerdem fühlt sich die Mehrheit der Menschen mit Beeinträchtigung weder durch ihr eigenes Umfeld (60 Prozent) noch durch Institutionen wie Behörden, Krankenversicherungen oder Pflegeversicherungen (62 Prozent) ausreichend bei ihrer Gesundheitsförderung unterstützt.

Neben den körperlichen Problemen sind Menschen mit Beeinträchtigung mit weiteren Schwierigkeiten bei der Förderung ihrer Gesundheit konfrontiert. Dazu gehören beispielsweise der Mangel an Motivation und Zeit, sowie zu wenig finanzielle Ressourcen, um diese in Gesundheitsförderung zu investieren. Im Vergleich mit dem Vorjahr haben sich in diesen Bereichen kaum Veränderungen ergeben.

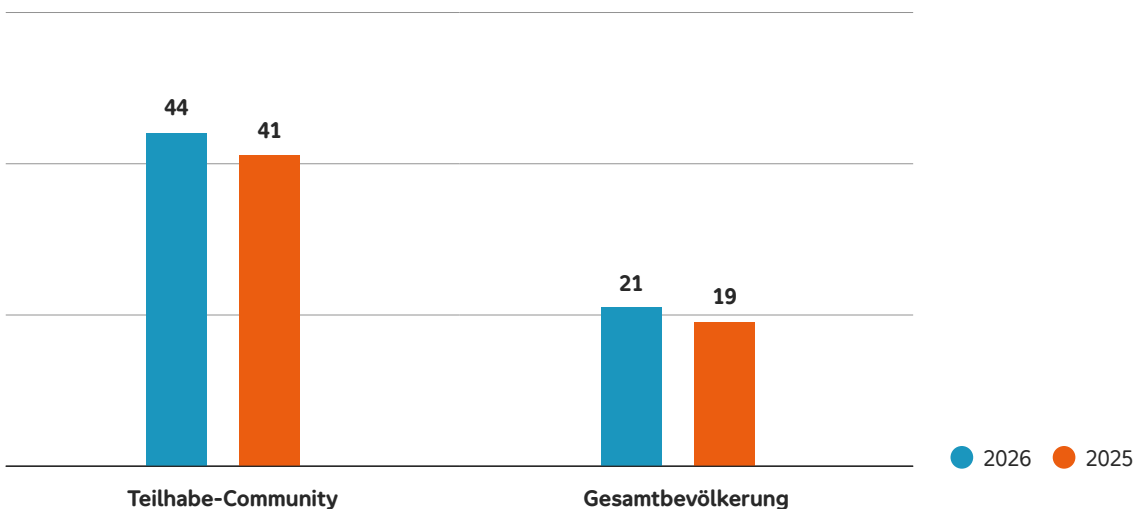
Auch wenn 37 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung angeben, nicht ausreichend Geld zu haben, um

es in die Förderung ihrer Gesundheit zu investieren, so geben von ihnen jedoch 51 Prozent viel oder sehr viel Geld für private Maßnahmen zur Gesundheitsförderung aus. Dazu zählen beispielsweise Kosten für spezielle Lebensmittel, Fitnesskurse, Besuche im Fitnessstudio, Schwimmbad- und Saunabesuche, Vereinsbeiträge sowie Fahrtkosten. Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr (2025: 43 Prozent) gestiegen und verdeutlicht abermals die steigende finanzielle Belastung für Menschen mit Beeinträchtigung.

Zusätzlich dazu geben Menschen mit Beeinträchtigung im Vergleich zu Menschen ohne Beeinträchtigung auch für medizinische Zusatzleistungen häufiger viel oder sehr viel Geld aus (Menschen mit Beeinträchtigung: 44 Prozent; Gesamtbevölkerung: 21 Prozent). In beiden Gruppen sind die Werte höher als im Vorjahr (2025: 41 beziehungsweise 19 Prozent), bei den Menschen mit Beeinträchtigung sind sie aber stärker gestiegen. Zu diesen Zusatzleistungen zählen beispielsweise bestimmte Medikamente, Therapien oder Hilfsmittel, die nicht von der Kranken- oder Pflegeversicherung übernommen werden.

Abbildung 9: Steigende Ausgaben für medizinische Zusatzleistungen

Frage: Wir wollen wissen, wie viel Geld du pro Monat für medizinische Zusatzleistungen außerhalb der Kranken- und Pflegeversicherung ausgibst?



Darstellung in Prozent | Basis der Befragung: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427), Repräsentativbefragung (n2026 = 500, n2025 = 300) | Darstellung der Antwortmöglichkeiten „sehr viel“ und „viel“

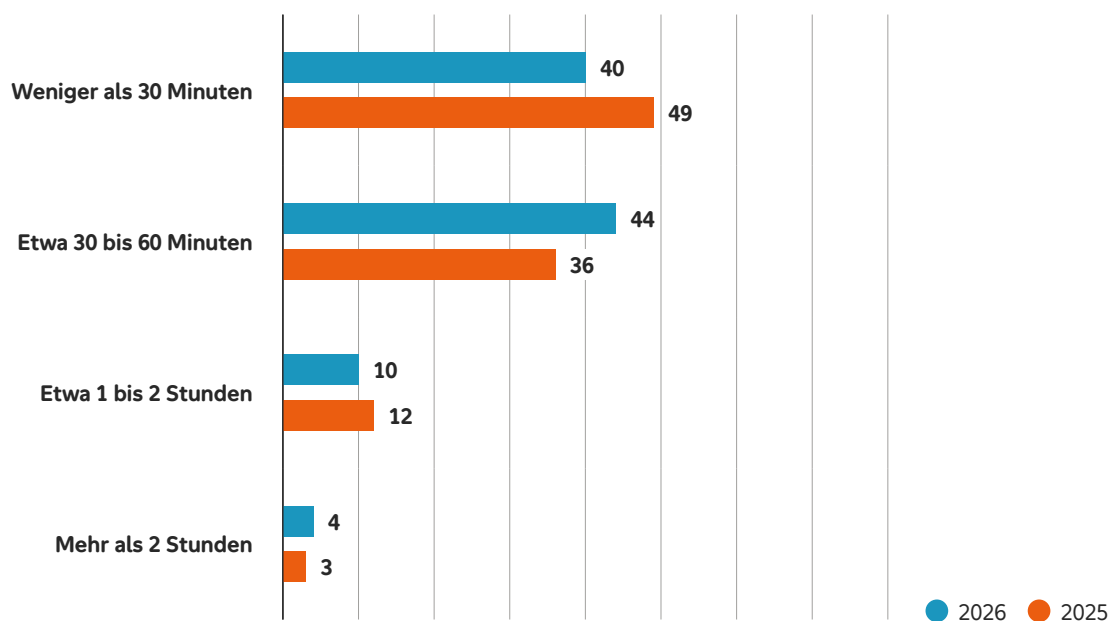
Versorgungssituation

Angesichts des staatlich garantierten Anspruchs auf gesundheitliche Versorgung und dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist es problematisch, dass lediglich 73 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung angeben, bei Bedarf geeignete medizinische Hilfe zu erhalten. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, in der 82 Prozent diesen Zugang bestätigen, zeigt sich eine Versorgungslücke. Zusätzlich dazu sagen nur 30 Prozent der Befragten aus der Teilhabe-Community, dass Behörden, Kranken- oder Pflegeversicherung Menschen mit Beeinträchtigung ausreichend unterstützen. All diese Werte haben sich im Vergleich zum vorherigen Jahr nicht nennenswert verändert.

Der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen wird sowohl von der Mehrheit der Menschen mit Beeinträchtigung (61 Prozent) als auch der Gesamtbevölkerung (69 Prozent) als gut beschrieben. Dass Menschen mit Beeinträchtigung ihn jedoch als schlechter wahrnehmen, unterstreicht die bestehenden strukturellen Ungleichheiten im Gesundheitssystem, die insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung benachteiligen. Sie müssen größere Anstrengungen unternehmen, um ihre umfassende Versorgung sicherzustellen. Ein wesentlicher Faktor, der ihren größeren Aufwand beeinflusst, ist die Erreichbarkeit medizinischer Versorgung.

Abbildung 10:
Anfahrtszeiten von Menschen mit Beeinträchtigung zu Arztpraxen oder Therapieeinrichtungen

Frage: Denke nun an deinen letzten Termin beim Arzt oder Therapeuten: Wie viel Zeit hast du von zu Hause gebraucht, um dort hinzukommen?



Darstellung in Prozent | Basis: Teilhabe-Community (n2026 = 510, n2025 = 427)

„Aufgrund der schlechten ÖPNV-Anbindung und meiner derzeit starken Knieschmerzen ist es sehr schwer Termine außerhalb meines Wohnortes zu erreichen.“

Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung



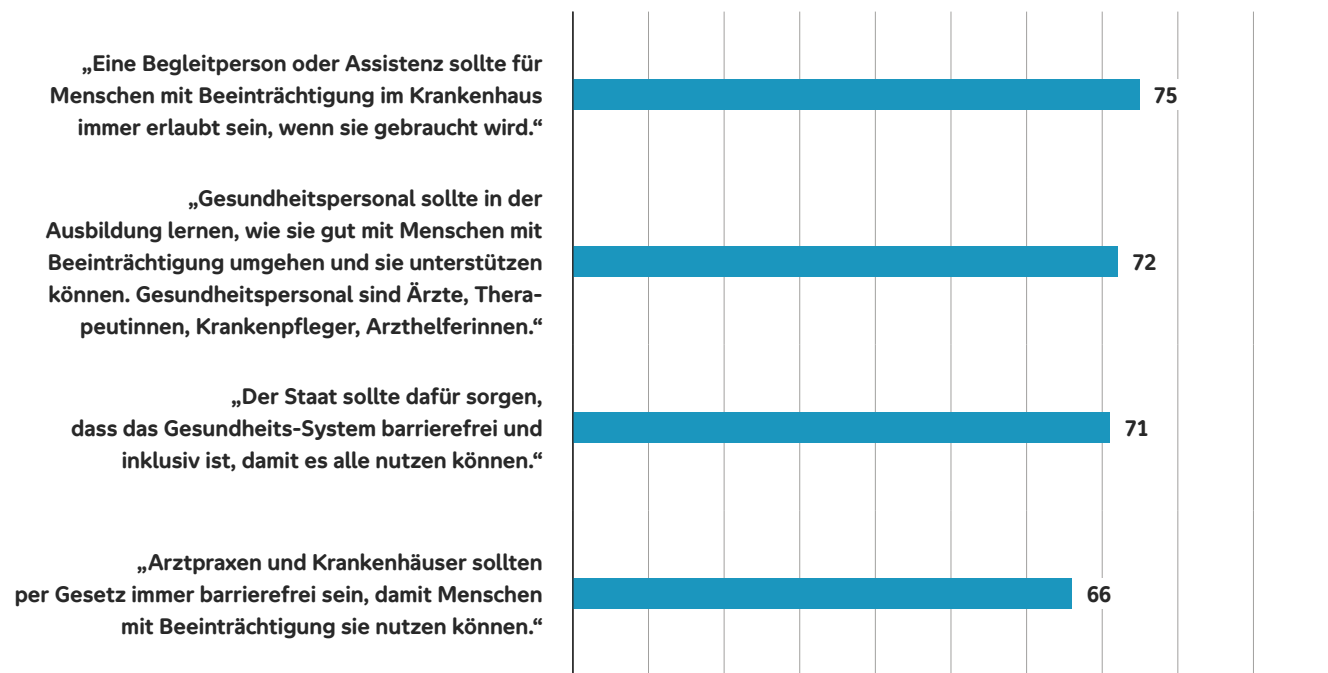
die Hälfte der Befragten mit Beeinträchtigung (40 Prozent) eine Arztpraxis oder Therapieeinrichtung innerhalb von 30 Minuten, jedoch benötigen weitere 44 Prozent zwischen 30 und 60 Minuten. Ferner scheinen sich die anfallenden Wegstrecken durch die abnehmende Verfügbarkeit von (fach-)ärztlicher Versorgung zu verlängern. In 2025 erreichte noch knapp die Hälfte (49 Prozent) der Menschen mit Beeinträchtigung innerhalb von 30 Minuten ihre Arzt- oder Therapiepraxis. Während dieser Wert um neun Punkte gesunken ist, hat sich der Anteil der Personen, die eine halbe bis eine Stunde Wegstrecke auf sich nehmen müssen von 36 Prozent auf 44 Prozent erhöht. Es ist anzunehmen, dass sich die Wegstrecken aufgrund des zunehmenden Fachärztemangels auch zukünftig verlängern werden. Gerade für Menschen mit Beeinträchtigung stellen weitere Wegstrecken eine besondere Belastung dar.

Viele Menschen mit Beeinträchtigung sind gezwungen, lange Wege auf sich zu nehmen, um gesundheitlich versorgt zu werden. Unter den Bedingungen eingeschränkter Mobilität können diese langen Wege eine erhebliche Belastung darstellen. Zwar erreicht knapp

Die Entfernung zum nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus stellt für viele Menschen mit Beeinträchtigung eine weitere erhebliche Hürde dar. So müssen vier von zehn Befragten (40 Prozent) mindestens

Abbildung 11: Forderungen an das Gesundheitssystem

Frage: Stimmt du diesen Sätzen zu oder nicht?



Darstellung in Prozent | Basis: Teilhabe-Community (n = 510) | Darstellung der Antwortmöglichkeit „ganz klar ja“

10 Kilometer zurücklegen, um die benötigte medizinische Versorgung zu erhalten.¹ An dieser Stelle ist perspektivisch zu beobachten, welche Auswirkungen die zunehmende Umsetzung der Krankenhausreform, die spezifische Behandlungen nur noch an ausgewählten Standorten vorsieht, auf die benötigten Wegstrecken hat. Zusätzlich sind auch die Wartezeiten eine spürbare Belastung: 81 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung empfinden die Zeit bis zu einem Facharzttermin als deutlich zu lang. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass rund ein Drittel der Befragten (2026: 36 Prozent, 2025: 32 Prozent) sich gut vorstellen kann, einen Gemeindepfleger oder eine Gemeindepflegerin in Wohnortnähe als erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen zu nutzen. Diese Option könnte insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und den wachsenden Pflegebedarf an Bedeutung gewinnen.

Trotz der Kritik an einem schlechteren Zugang zu Gesundheitsleistungen für Menschen mit Beeinträchtigung (56 Prozent) sind fast drei Viertel der Befragten mit der Qualität des Kontakts zu Ärzt*innen, Therapeut*innen, im Krankenhaus oder in der Apotheke zufrieden (73 Prozent). Im Gegensatz dazu wird der Kontakt mit Versicherungen und Behörden von vier von zehn Befragten (41 Prozent) als langwierig wahrgenommen. Dieser Wert ist seit dem vergangenen Jahr um fünf Prozentpunkte gestiegen. Zusätzlich wird die Kontaktaufnahme weiterhin als frustrierend und die Kommunikation zunehmend weniger als hilfreich beschrieben (2026: 16 Prozent, 2025: 21 Prozent).

Besonders bezeichnend ist, dass fast die Hälfte der Menschen mit Beeinträchtigung (43 Prozent) das Gefühl hat, ihre Personengruppe werde oft schlecht von Behörden behandelt. Diese Zahlen deuten auf ein strukturelles Vertrauensdefizit gegenüber staatlichen Institutionen hin – ein alarmierender Befund im Kontext eines demokratischen Sozialstaats.

Der Großteil der Menschen mit Beeinträchtigung fordert ein inklusives und barrierefreies Gesundheitssystem. Dessen Förderung ist auch Bestandteil des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung, wobei dort jedoch keine weiteren Maßnahmen oder Details ausgeführt sind. Menschen mit Beeinträchtigung benennen ihre Bedarfe im Rahmen der Befra-

gung hingegen konkret: 71 Prozent wünschen sich eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, dass Arztpraxen und Krankenhäuser barrierefrei sind.

Ein weiterer wesentlicher Bedarf auf dem Weg zu einem inklusiven und barrierefreien Gesundheitssystem sind eine bedarfsgerechte Kommunikation und der angemessene Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigung durch Fachpersonal des Gesundheitswesens. Dieses ist in der Regel nicht zu den besonderen Bedarfen von Menschen mit Beeinträchtigung geschult. Daher wünschen sich 72 Prozent, dass Gesundheitspersonal bereits in der Ausbildung lernt, wie es gut mit Menschen mit Beeinträchtigung umgehen und sie unterstützen kann. In diesem Bereich gibt es kaum prozentuale Abweichungen zum Vorjahr, was verdeutlicht, dass dies ein relevantes Thema ist, das langfristig und wirksam angegangen werden muss.

Die beschriebenen Erfahrungen zeigen, dass im Gesundheitswesen der Blick auf eine Beeinträchtigung als Defizit weiterhin verbreitet ist. 32 Prozent der Menschen mit Beeinträchtigung haben das Gefühl, bei Gesundheitsleistungen würden ihre individuellen Bedarfe nicht ausreichend berücksichtigt. Außerdem geben 21 Prozent der Befragten mit Beeinträchtigung an, dass ihnen Informationen fehlen oder sie diese als zu kompliziert empfinden.

„[Ein Problem ist] mangelnde Barrierefreiheit bei Ärzten und / oder an Orten, die der Gesundheit förderlich sein sollen. Barrierefreiheit für Autisten ist quasi nirgends ein Thema“

Befragungsteilnehmer*in mit Beeinträchtigung



¹ Die Zahlen dieses und der beiden folgenden Absätze sind nicht in einer Abbildung dargestellt.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Die Digitalisierung von Angeboten des Gesundheitswesens kann sich, wenn diese für alle Menschen zugänglich sind, als ein entscheidender Faktor für die Zugänglichkeit von Gesundheitsangeboten erweisen. Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigung können von diesen Entwicklungen profitieren, wie knapp die Hälfte dieser Gruppe (49 Prozent) bestätigt. Zudem zeigt eine überwältigende Mehrheit (77 Prozent) eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber digitalen Technologien im Gesundheitswesen. In der Tat nutzen Menschen mit Beeinträchtigung alle abgefragten digitalen Gesundheitsangebote deutlich häufiger als die Gesamtbevölkerung, sei es bei der Vereinbarung von Online-Terminen (67 Prozent versus 53 Prozent), der Nutzung elektronischer Rezepte (70 Prozent versus 52 Prozent), Fitness-Trackern (29 Prozent versus 26 Prozent) oder Gesundheitsapps (38 Prozent versus 30 Prozent).

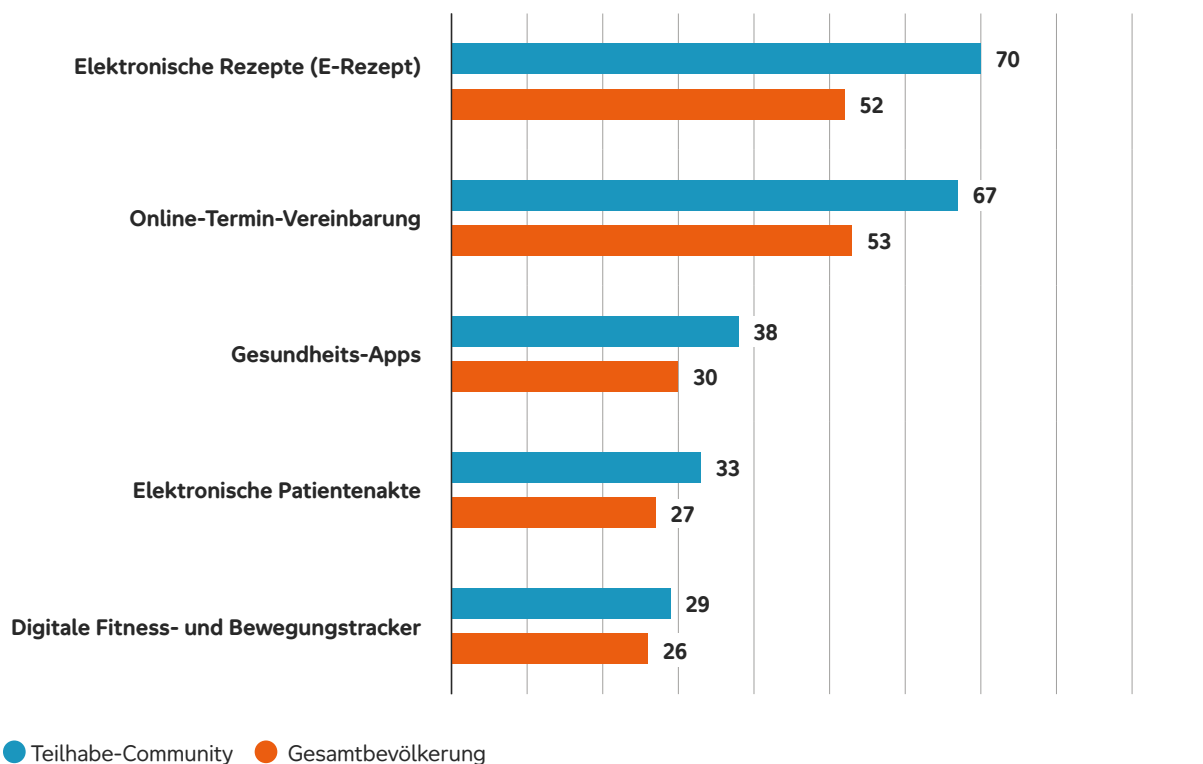
Die Offenheit gegenüber digitalen Angeboten ist ein starkes Signal – und ein Auftrag an die Politik und Gesundheitswirtschaft, digitale Gesundheitsangebote inklusiv, das heißt für alle zugänglich zu gestalten. Denn mehr als ein Viertel der Befragten mit Beeinträchtigung (28 Prozent) beschreibt digitale Gesundheitsdienste als nicht barrierefrei oder zu kompliziert. Darüber hinaus bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Mit 46 Prozent machen sich Menschen mit Beeinträchtigung häufiger darum Sorgen als die Gesamtbevölkerung (33 Prozent).

Das Thema Datenschutz sowie ihre schlechte Zugänglichkeit spielen auch vermutlich bei der geringen Nutzungsquote der elektronischen Patientenakte eine Rolle, deren Nutzung aufgrund der flächendeckenden Einführung im vergangenen Jahr zwar deutlich zugenommen hat. Ihre Nutzung stieg in der Gesamtbevölkerung von 12 auf 27 Prozent, bei Menschen mit Beeinträchtigung von 20 auf 33 Prozent. Dass diese Werte nicht noch stärker gestiegen sind, könnte ein Indiz für Sorgen und Schwierigkeiten bei der Nutzung sein.

Das in der Digitalstrategie der vorherigen Bundesregierung formulierte Ziel von 80 Prozent Nutzungsrate der elektronischen Patientenakten bis 2025 wurde klar verfehlt. Seit Oktober 2025 sind alle Ärzt*innen und Krankenhäuser zur Nutzung der elektronischen Patientenakte verpflichtet, während sich Patient*innen weiter dagegen entscheiden können. Die derzeitige Bundesregierung hat sich vorgenommen, bis 2027 einheitliche IT-Standards für einen verlustfreien Datenaustausch durchzusetzen.

Abbildung 12:
Nutzung von digitalen Gesundheitsangeboten

Frage: Welche digitalen Gesundheitsangebote hast du bereits genutzt?



Darstellung in Prozent | Basis: Teilhabe-Community (n = 510), Repräsentativbefragung (n = 500) | Darstellung der fünf meistgenutzten Anwendungen.

Fazit

Die aktuelle Befragung macht deutlich, dass Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin erheblich unter strukturellen Ungleichheiten im deutschen Gesundheitssystem leiden. Obwohl sich einige Einstellungen in der Gesamtbevölkerung den Erfahrungen der Menschen mit Beeinträchtigung annähern, bleiben die Belastungen für letztere unverändert hoch. Menschen mit Beeinträchtigung fühlen sich deutlich seltener gesund, erleben eine geringere Lebenszufriedenheit und befürchten weiterhin überdurchschnittlich häufig eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes. Gleichzeitig steigt auch in der Gesamtbevölkerung die Sorge, dass gesundheitliche Probleme zunehmen könnten – ein Hinweis darauf, dass gesellschafts- und gesundheitspolitische Entwicklungen zunehmend auch dort spürbar werden.

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen, dass gesundheitliche Probleme für Menschen mit Beeinträchtigung weitreichende Folgen haben. Ein großer Teil von ihnen ist im Alltag und im Berufsleben stark eingeschränkt, fällt häufiger krankheitsbedingt aus und trägt erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für medizinische Leistungen und Gesundheitsförderung. Dass Personen mit erhöhtem Versorgungsbedarf gleichzeitig überproportional hohe Kosten tragen müssen, offenbart ein zentrales Ungleichheitsmuster und zeigt eine strukturelle Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe.

Auch in diesem Jahr wird sichtbar, dass Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin mit Ausgrenzung, Ablehnung oder Diskriminierung im Gesundheitswesen konfrontiert sind. Die Angst davor ist in dieser Gruppe mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung und steht in deutlichem Widerspruch zu den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, die einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung verlangt. Politische Entwicklungen – wie der unklare Auftrag im aktuellen Koalitionsvertrag oder Formulierungen im Referentenentwurf zum Behindertengleichstellungsgesetz, wonach

angemessene Vorkehrungen im Zweifelsfall nicht umzusetzen seien – verstärken den Eindruck, dass der Weg zu einem inklusiven Gesundheitssystem derzeit nicht ausreichend politisch abgesichert ist.

Besonders deutlich wird die enorme Belastung für Menschen mit Beeinträchtigung auch beim Zugang zu medizinischen Leistungen. Viele von ihnen erreichen Ärzt*innen oder Therapeut*innen erst nach langen Anfahrtszeiten – ein Problem, das sich gegenüber dem Vorjahr weiter verschärft hat. Hinzu kommen lange Wartezeiten auf (Fach-)Arzttermine, unzureichende Unterstützung durch Behörden und Versicherungen sowie das weit verbreitete Gefühl, von öffentlichen Institutionen schlecht behandelt zu werden. All dies führt zu einem wachsenden Vertrauensdefizit, das den Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse unterläuft.

Gleichzeitig zeigt die Befragung, dass Menschen mit Beeinträchtigung besonders aktiv daran arbeiten, ihre Gesundheit zu fördern: Sie nehmen häufiger Vorsorgeuntersuchungen wahr, nutzen mehr digitale Gesundheitsangebote und investieren überdurchschnittlich viel Zeit und Geld in eigene Gesundheitsmaßnahmen. Doch physische Barrieren, fehlende barrierefreie Sport- und Bewegungsangebote, unklare Informationen und mangelnde Unterstützung verhindern, dass sie ihre Gesundheitsziele uneingeschränkt verfolgen können.

Das Potenzial der Digitalisierung wird von Menschen mit Beeinträchtigung grundsätzlich positiv gesehen. Sie nutzen digitale Dienste intensiver als die Gesamtbevölkerung. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass die Barrierefreiheit digitaler Anwendungen nach wie vor unzureichend ist und Datenschutzbedenken eine zentrale Rolle spielen. Damit digitale Gesundheitsangebote zu mehr Teilhabe beitragen können, müssen sie konsequent barrierefrei gestaltet und für alle Nutzergruppen verständlich und leicht zugänglich entwickelt werden.

Insgesamt verdeutlicht die Untersuchung, dass die strukturellen Herausforderungen im Gesundheitssystem – wie Fachkräftemangel, lange Wege, unzureichende Barrierefreiheit und finanzielle Belastungen – Menschen mit Beeinträchtigung besonders hart treffen. Gleichzeitig werden die Auswirkungen gesundheitspolitischer Debatten inzwischen auch in der Gesamtbevölkerung spürbarer. Um eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung sicherzustellen, braucht es gezielte Reformen: verbindliche Standards für Barrierefreiheit, angemessene Vorkehrungen, eine bedarfsgerechte Kommunikation sowie eine verpflichtende Schulung von Fachpersonal im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigung. Nur wenn physische, kommunikative, finanzielle und digitale Barrieren abgebaut werden, kann ein gleichwertiger Zugang zu Gesundheitsleistungen erreicht werden – für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung.

Methodik

Im Rahmen des Weltgesundheitstags führte die Aktion Mensch in Zusammenarbeit mit Ipsos Public Affairs eine quantitative Online-Befragung durch, um die Einstellungen und Erfahrungen der Bevölkerung hinsichtlich gesundheitlicher Themen zu erheben. Die Befragung fand zwischen dem 10. und 12. Februar 2026 statt und umfasst insgesamt 1.010 Personen ab 16 Jahren. Die Teilnehmenden der Erhebung setzten sich aus zwei Teilstichproben zusammen:

- 510 Personen mit Beeinträchtigung aus der Teilhabe-Community, einem über 2.000 Personen mit Beeinträchtigung umfassenden Bevölkerungspanel von Ipsos in Kooperation mit Aktion Mensch.
- 500 Personen aus der deutschen Gesamtbevölkerung, die über das Access Panel von Ipsos rekrutiert wurden und repräsentativ für die Wohnbevölkerung Deutschlands sind. Die Teilnehmenden der Repräsentativbefragung wurden nach repräsentativen Vorgaben nach Alter, Geschlecht und Bundesland gewichtet.

Der Fokus der Befragung lag auf der Erfassung der eigenen Gesundheitssituation, der Gesundheitsförderung, der gesundheitsbezogenen Lebensqualität, der Versorgungssituation sowie der Digitalisierung des Gesundheitswesens. Die gleiche Befragung wurde bereits zwischen dem 19. und 24. März 2025 in der Teilhabe-Community (n₂₀₂₅ = 427) und dem Ipsos Access Panel (n₂₀₂₅ = 300) durchgeführt. Diese Befragung wird im vorliegenden Forschungsbericht als Vergleichsgröße herangezogen. Bei der zweiten Durchführung der Befragung im Februar 2026 wurde der Fragebogen nicht verändert, um eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Befragung aus 2025 herstellen zu können.

Vor der Durchführung der ersten Befragung im März 2025 wurden die Themenschwerpunkte der Befragung in einer eineinhalbstündigen Videokonferenz am 10. Februar 2025 von sechs Mitgliedern aus der Teilhabe-Community und jeweils zwei Vertreter*innen von Aktion Mensch und Ipsos erarbeitet. Die gleiche Gruppe überarbeitete am 10. März 2025 in einer eineinhalbstündigen Videokonferenz den konzipierten Fragebogen und gab ihn zur Programmierung frei. An dieser Sitzung nahmen fünf Vertreter*innen aus der Teilhabe-Community teil.

Impressum

Auftraggeberin:

Aktion Mensch e.V.

Verantwortlich: Sascha Decker

www.aktion-mensch.de

Datenerhebung:

Ipsos Public Affairs

Redaktion:

Britta Klasen-Bönsch, Stefan Sandner (Aktion Mensch), Mark Setzkorn (Ipsos)

Grafik, Layout, Satz, barrierefreies PDF:

Nicole Schmitz, www.subgrafix.de

© **Copyright:** Aktion Mensch e.V., Bonn 2026



Mehr Informationen unter
www.aktion-mensch.de



Stand: April 2026



Hier geht es zu
allen Studien
der Aktion Mensch.

Aktion Mensch e.V.

Heinemannstr. 36

53175 Bonn

Telefon: 0228 2092-1525

britta.klasen.boensch@aktion-mensch.de